



BLG



Vorrang für die ländliche Entwicklung!

Ländliche Räume sind Heimat von 56 Mio. Menschen und damit 68 % der Bevölkerung. 57 % der Wirtschaftsleistung wird im ländlichen Raum erbracht, er ist mit fast 23 Mio. Arbeitsplätzen ein bedeutsamer Wirtschaftsstandort. Daher darf die Entwicklung ländlicher Gebiete außerhalb der Ballungszentren nicht aus den Augen verloren werden. Vor diesem Hintergrund begrüßen der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL), der Deutsche Landkreistag (DLT), der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB), die Agrarsoziale Gesellschaft (ASG) und der Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG), dass es zu einem Kompromiss der EU-Staats- und Regierungschefs zur Finanzierung der ländlichen Entwicklung für die Jahre 2007 bis 2013 gekommen ist. Allerdings sehen sie mit Sorge, dass es zu Mittelkürzungen im Bereich der Agrarpolitik zu Lasten der ländlichen Entwicklung kommt. Im Vergleich zur aktuellen Situation drohen Kürzungen von bis zu knapp 40 Prozent der Gelder. Für die ländliche Entwicklung stehen damit in Deutschland im neuen Förderzeitraum 2,1 Mrd. EUR an EU-Mitteln weniger zur Verfügung als im Zeitraum 2000 bis 2006. Deshalb fordern die Verbände Bund und Länder auf, bei der nationalen Mittelverteilung alle Optionen zur Umschichtung der Gelder in die ländliche Entwicklung zu nutzen.

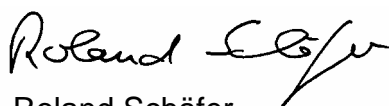
Die massiven Sparmaßnahmen bei der ländlichen Entwicklung sind mit den Zielen der Nachhaltigkeit, die sich die EU selbst gesetzt hat, nicht vereinbar. Viele Bemühungen für eine Stabilisierung ländlicher Räume durch die Stärkung der ländlichen Zentren, für Arbeitsplätze in ländlichen Räumen und für mehr Umweltschutz in der Agrarpolitik sind ernsthaft gefährdet.

Mit dem Budget für die ländliche Entwicklung fördert die EU beispielsweise die regionale Vermarktung von Qualitätsprodukten, die Schaffung auch außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze, die Dorferneuerung, die Erarbeitung und Umsetzung von regionalen und örtlichen Entwicklungskonzepten oder die Honorierung von Naturschutzleistungen. Des Weiteren sollen auch wichtige Aufgaben aus der Umweltpolitik wie Zahlungen im Zusammenhang mit dem europäischen Biotopverbund Natura 2000 und örtliche Maßnahmen des Hochwasserschutzes mit Hilfe der Mittel für die ländliche Entwicklung finanziert werden. Diese hätte damit zukünftig wesentlich mehr Aufgaben mit deutlich weniger Geld umzusetzen. Dieser Widerspruch ist ohne nationale Umschichtungen nicht lösbar.

Die ländliche Entwicklung in Deutschland ist für Zukunftsaufgaben wie die Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten für die Bewohner der ländlichen Räume, Einkommensalternativen für die Landwirtschaft und Strategien gegen die Entleerung ländlicher Regionen sowie die Behebung von Infrastrukturdefiziten von zentraler Bedeutung. Ohne Wachstum und Arbeitsplätze in der Fläche gibt es keinen Aufschwung. Die Verbände plädieren deshalb für ein nationales Entwicklungsprogramm „Ländlicher Raum“. Dies könnte kostenneutral aus den Agrarmitteln der EU finanziert werden.

Union und SPD haben sich im Koalitionsvertrag zu einer ausreichenden Absicherung und gleichgewichtigen Entwicklung städtischer und ländlicher Räume bekannt. Gemeinsam werden die Verbände auf die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung drängen.

Berlin, den 26.6.2006



Roland Schäfer
Präsident des Deutschen Städte- und
Gemeindebundes



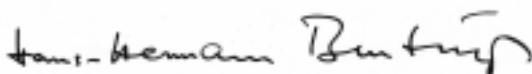
Josef Göppel, MdB
Vorsitzender des Deutschen Verbandes für
Landschaftspflege (DVL) e.V.



Landrat Hans Jörg Duppré
Präsident des Deutschen Landkreistages

gez. Dr. Boß

Vorsitzender des Vorstandes des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften



Dr. Hans-Hermann Bentrup
Vorsitzender des Vorstandes
der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.